

EDITORIAL



von Jens Matthis

Damit Dresden nicht kippt

Das politische Jahr beginnt für DIE LINKE immer am zweiten Sonntag. Meistens ist es kalt.

In Berlin, bei der Demonstration oder in Dresden am Gedenkstein am Rosa-Luxemburg-Platz. Hundert Jahre ist er her, jener blutige Januar 1919, dessen prominenteste Opfer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden. Tief eingegraben hat er sich in die Erinnerung der deutschen sozialistischen Bewegung. Er hat viel mit Verrat und mit Spaltung zu tun, aber auch mit ihren revolutionären, antimilitaristischen und emanzipatorischen Traditionen. Anne Holowenko erinnert hier an Rosa Luxemburg, die nach dieser benannte Stiftung tat es mit einer sehr lesenswerten Publikation und einer bewegenden Veranstaltung im Theaterhaus Rudi (ehem. Kulturhaus Rudi Arndt) zu den Aufgehaltenen Rosa Luxemburgs in Dresden.

Aber bewegt waren die Zeiten nicht nur vor 100 Jahren, sie sind es auch heute und hier in Dresden. Ein Häuflein zu kurz gekommener ehemaliger SPD-Stadträte demonstriert gerade, was passiert, wenn „Dresden kippt“. Im Stadtrat wird zunächst ein Luftreinhalteplan beschlossen und im nächsten Tagesordnungspunkt ein darin vorgesehener Radwegeausbau wieder gekippt. Viele Dresdner Projekte und Vereine aus der Jugendhilfe, aus dem kulturellen und sozialen Bereich müssen plötzlich wieder um Mittel bangen, die im Stadthaushalt durchaus vorhanden sind. Schwarz-Blau-Blümel Farben kürzt nicht aus Geldmangel, sondern aus Borniertheit und Rachsucht. Man will zeigen, wo der Hammer hängt. Dieser unhaltbare Zustand muss am 26. Mai 2019 zur Kommunalwahl beendet werden. Damit Dresden nicht kippt.

100 Jahre Vermächtnis von Rosa Luxemburg

Trotz alledem

von Anne Holowenko

Im Januar 1919 wurden in Berlin zwei Gefangene durch Freikorpsoffiziere verhört, es waren die prominenten Anführer des Spartakusaufstandes Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihr entschlossenes „Nein!“ zu den Kriegskrediten, ihr gelebter Internationalismus und Antimilitarismus, hatte die beiden Sozialdemokraten zu Verbündeten gemacht, gegen die große Mehrheit ihrer eigenen Partei.

„Ein scharfer Wind bläst durch die Lande. Die Militärdiktatur schlägt um sich, wie von der Tarantel gestochen. Haussuchungen, Verhaftungen, politische Prozesse stehen auf der Tagesordnung in Berlin, in Stuttgart, in Leipzig, in Hamburg, in Bremen. Alle Führer der Opposition, alle diejenigen, die den Grundsätzen des internationalen Sozialismus treu für die Beendigung des verbrecherischen Völkermordes nach Kräften wirken, werden hinter eiserne Gitter gesteckt.“ ist 1916 im „Spartacus Nummer 1“ zu lesen. Drei opferreiche und unnütze Kriegsjahre später hängen in den Straßen Berlins Plakate mit den Konterfeis von Rosa und Karl auf denen es heißt „Schlagt Liebknecht und Luxemburg tot!“

Die Namen der Mörder und Auftraggeber des gewaltsamen Todes der beiden am 15. Januar 1919 sind bekannt. Reaktionäre aller Schattierungen bliesen damals zur Jagd auf die Arbeiterführer. Die SPD-Spitze war verbal, und mit Gustav Noske auch praktisch mit dabei. Der Befehlgeber Waldemar Pabst war ein einflussreicher Strippenzieher des voranschreitenden Faschismus und machte Karriere im Dritten Reich, später war er Waffenhändler in der Bundesrepublik.

Leute wie er sind es, gegen die die 1968er-Studenten auf die Straße gehen und wieder Plakate mit Luxemburgs Konterfei tragen. Rosa wird zur Ikone eines menschlichen Sozialismus, wird als scharfsinnige Theoretikerin, Feministin, Botanikerin und Poetin entdeckt. In der DDR sind Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg selbstverständlicher Bestandteil der antifaschistischen Gedenkkultur. Im Jahr 1989 nutzen die Teilnehmer*innen der Massendemonstrationen das bekannte Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, um sich ihre Freiheitsrechte einzufordern.



Dass wir heute hier stehen und in Anwesenheit vieler junger Genoss*innen an die Ermordung von Rosa und Karl erinnern, haben wir einer fest verankerten Tradition des Gedenkens innerhalb unserer Partei zu verdanken, die wir auch in Zukunft pflegen sollten.

An Rosa Luxemburg zu erinnern, ist weit mehr als sich geschichtliche Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen. Es geht um jetzt und heute. Rosas Vermächtnis ist der Kampf für eine friedlichere und gerechtere Welt.

Ihren bedingungslosen Kampf gegen den Krieg können wir uns zum Vorbild nehmen. Krieg, der auch heute noch der Durchsetzung globaler politischer und vor allem wirtschaftlicher Interessen dient, wobei das Recht des Stärkeren das Völkerrecht ersetzt. Im Internet tobt er in Form von Hass und Hetze in den sozialen Medien und stellt alles in den Schatten, was wir bislang an Propaganda kannten.

Weltweit lodern zahlreiche Kriegsherde. Denken wir stellvertretend an Syrien, Afghanistan, die bewaffneten Konflikte in der Ostukraine oder im Jemen. Es sind nicht irgendwelche finsternen, fremden Mächte, die Krieg führen. Deutsche Waffen und Deutschen Soldaten sind weltweit mit dabei. Der Feind steht im eigenen Land. Wer für Frieden eintritt,

muss Nein sagen zu den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr und den milliarden schweren Exporten der Deutschen Rüstungsindustrie.

Dieses bedingungslose Nein zum Krieg ist vor allem für uns LINKE ein Vermächtnis, das wir fest im Zusammenhang mit der Person von Rosa Luxemburg sehen.

Vor 100 Jahren haben Reaktionäre den Menschen Rosa Luxemburg getötet. Ihre Ideen jedoch, sind heute lebendiger denn je. Die Worte ihres Kampf- und Leidensgefährten Karl Liebknecht, welche am Tag der Ermordung in der Zeitung „Rote Fahne“ veröffentlicht wurden, sind Mahnung und Aufforderung zum Handeln zugleich:

„Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse, wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird, Leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Anne Holowenko und Jens Matthis sind Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

Habt Mut, Frauen!



8. MÄRZ – FRAUEN* KAMPFTAG

von Sarah Buddeberg

Neulich sagte eine Bürgerin zu mir: „Es ist so schade, dass man für bewährte Sachen wieder so kämpfen muss.“ Sie meinte damit das längere gemeinsame Lernen, für das sie gerade in meinem Wahlkreisbüro unterschrieb. Ich dachte dabei aber auch an die Rechte und Privilegien der Frauen, die derzeit von rechts scharf beschossen werden. Sei es nun die selbst bestimmte Reproduktion, die infrage gestellt wird, oder sexuelle Übergriffe, die verharmlost werden – es gibt wohl kaum einen Bereich, auf den es konservative Hardliner (und Hardlinerinnen) so abgesehen haben wie auf den gleichstellungspolitischen. An der Geschlechterfrage wird sich deshalb auch entscheiden, in was für einer Gesellschaft wir in Zukunft leben wollen.

Der traditionelle Frauentag am 8. März hatte in der Vergangenheit leider nicht mehr viel Progressives dazu beigetragen. Ein ganz neuer Wind weht da nun aus Spanien zu uns herüber. Denn dort gingen 2018 über fünf Millionen Frauen auf die Barrikaden und legten ihre Arbeit nieder. Mit ihrem landesweiten Generalstreik stemmten sich die

Spanierinnen gegen Benachteiligungen am Arbeitsplatz, gesellschaftliche Diskriminierung und häusliche Gewalt. Sie blockierten Straßen, gingen nicht zur Arbeit oder kochten zu Hause einfach nicht. Im Radio waren an dem Tag nur männliche Sprecher zu hören und viele Schulen und Fakultäten mussten schließen. Außerdem gab es im ganzen Land hunderte Kundgebungen.

Solch einen bundesweiten Frauen*Streik soll es am 8. März 2019 auch hierzulande geben. In vielen deutschen Großstädten gibt es deshalb Gruppen und Einzelpersonen, die den Streik bei sich vor Ort planen. Und alle sind dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen: Hängt zum Beispiel weiße Schürzen in der Öffentlichkeit auf, macht sehr lange Mittagspausen im Betrieb oder organisiert Demonstrationen.

In Sachsen gäbe es gleich ein Dutzend Gründe, die eigene Lohn- und Hausarbeit niederzulegen: So ist hier Ende Januar das längst überfällige neue Gleichstellungsgesetz von der regierenden CDU beerdigt worden. Zuvor konnte

sich die Koalition nicht auf eine gesetzlich festgeschriebene Geschlechtergerechtigkeit einigen – obwohl dies ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag war. Das Vorhaben, das veraltete Gesetz von 1994 zur reformieren, ist damit auf nicht absehbare Zeit gescheitert. Dabei waren seit Mitte 2016 Fachleute aus ganz Sachsen zu einem breiten Beteiligungsprozess eingeladen, in dem sie für ein gutes Gleichstellungsgesetz gekämpft haben. Der Gegenwind aus den CDU-geführten Ministerien nahm ständig zu. Streitpunkte waren die einerseits die Verbindlichkeit des Gesetzes, andererseits die vorgeschlagenen Sanktionsmöglichkeiten. Das Ergebnis ist jetzt: null. Es ist ein Hohn und Ausdruck verblüffender Arroganz, dass sich die CDU gleichzeitig für ihre (halbherzige!) quotierte Landesliste feiert, konkrete Veränderungen aber hartnäckig blockiert. Der Unwillen der CDU die Gleichstellung in Sachsen voranzubringen, ist offenkundig.

Doch auch auf kommunaler Ebene wird es eng: In Dresden kämpfen derzeit zahlreiche Projekte aus dem sozialen und Gleichstellungsbereich ums

nackte Überleben, seitdem drei Stadträte – drei Männer – die rot-rot-grüne Mehrheit verlassen haben. Überall dort, wo Konservative und rechte Strukturen Land gewinnen, verlieren also die Frauen. Drängende Probleme wie die Lohnungleichheit, strukturelle und sexualisierte Gewalt gegen und die Diskriminierung von Frauen können eben nicht durch eine verschärfte Sicherheitspolitik oder Streichungen im sozialen Sektor gelöst werden.

Umso dringlicher rufen wir dazu auf, sich an dem bundesweiten Frauen*streik zu beteiligen. Und auch darüber hinaus können Frauen etwas für eine pluralere Gesellschaft tun: So sollten viel mehr Frauen bei den kommenden Kommunalwahlen kandidieren. Denn nur wenn ihre Perspektive und die Lebenserfahrungen stärker in den Parlamenten vertreten sind als bisher, wird ihren Anliegen auch Gehör verschafft. Deshalb: Habt Mut, Frauen!

#veranstaltungstipp

MdB Katja Kipping
und MdL Sarah Buddeberg
laden ein zur Diskussion

Vom
Frauentag
zum
#frauenstreik

DIE LINKE.

8. März

Beginn: 16.30 Uhr
Haus der Begegnung
Großhainer Straße 93

Fem*
Disco

Party zum Frauentag
ab 19.30 Uhr
Eintritt frei

Der Tradition folgend wollen wir am Internationalen Frauentag allen Genossinnen für ihr wertvolles Engagement danken und unsere Forderungen für eine gleichberechtigte Gesellschaft laut nach außen tragen. Neben der wichtigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit aktuellen gleichstellungspolitischen Fragen, freuen wir uns auf ein buntes Kulturprogramm.

Unsere Abgeordneten MdB Katja Kipping und MdL Sarah Buddeberg werden gemeinsam mit älteren und jüngeren Weggenossinnen in einem spannenden

Podiumsgespräch über die vergangenen und neuen feministischen Herausforderungen diskutieren. Und so lautet der Titel der Veranstaltung denn auch „Vom Frauentag zum #frauenstreik“. Darüber hinaus wollen wir bei Kaffee und Kuchen mit euch, allen Aktiven sowie den Kandidatinnen für die kommenden Wahlen ins Gespräch kommen.

Die musikalische Begleitung kommt vom neu gegründeten Dresdner Arbeiter*innenchor (angefragt). Später am Abend wird die Künstler*in Ines Herman

im Jugendhaus auftreten. Dort möchten wir ab 19 Uhr gemeinsam den Frauentag feiern* - mit Musik, tollen Menschen und Allen, die sich für eine emanzipatorische Gesellschaft und Feminismus stark machen. Wir freuen uns auf euch!

Wichtig: An diesem Tag wird bundesweit zu einem internationalen Frauen*streik aufgerufen. Wir begrüßen die Streikaktionen und zeigen uns mit allen streikenden Frauen* solidarisch! Hier findet ihr alle Informationen zum Mitmachen: frauenstreik.org/

Veranstaltung am 8. März 2019 von DIE LINKE. Dresden

Haus der Begegnung, Großer Saal (Restaurant Zeitgeist), anschl. Roter Baum e.V./Jugendhaus

Podiumsgespräch ab 16.30 Uhr, Fem*Disco ab 19 Uhr

Mit: MdB Katja Kipping, MdL Sarah Buddeberg und Stadtvorsitzende Anne Holowenko

Lasset das Tauschen beginnen!

In der Neustadt ist nun endlich der erste Tauschschrank offiziell aufgestellt worden, nachdem die Verwaltung in der Vergangenheit rüde gegen diese Tauschobjekte vorgegangen war.

von Christopher Colditz

Im vergangenen Jahr tauchten in der Dresdner Neustadt, an verschiedenen Stellen, immer wieder sogenannte Tauschschränke auf, die nach wenigen Tagen aber meist von der Dresdner Stadtverwaltung entsorgt wurden. Oftmals weil die Materialien, aus denen die Schränke bestanden, nicht wetterfest waren oder auch, weil die Schränke vermüllt wurden.

Aber was ist das überhaupt, so ein Tauschschrank? Ein Tauschschrank, ist, wie der Name es schon verrät, erst einmal nur ein Schrank. Was den Schrank so besonders macht? Er steht, frei zugänglich, im öffentlichen Raum. Hier können die Anwohner_innen (aber auch alle anderen) Dinge ablegen, die sie selbst nicht mehr benötigen, die aber noch funktionsfähig sind und deshalb nicht im Müll landen sollen. Der Nachhaltigkeitsgedanke und der Gedanke Dinge zu teilen, stehen hier im Vordergrund und soll dem Trend der kapitalistischen „Wegwerfgesellschaft“ etwas entgegen setzen.

Da mir der Grundgedanke der Idee gut gefällt, wollte ich selbst so einen Tauschschrank aufstellen, nur wollte ich dem Entsorgen durch die Dresdner Stadtverwaltung etwas entgegensetzen. Also entschloss ich mich, beim Stadtbezirksamt Neustadt anzufragen, unter welchen Konditionen so ein Tausch-



Im wahren Leben sieht der Tauschschrank noch viel schöner aus: Nämlich in den Farben des Regenbogens leuchtend

Foto: privat

schrank im öffentlichen Raum Bestand haben kann. Recht schnell erhielt ich eine Antwort vom Stadtbezirksamtsleiter, der begeistert von der Idee war

und wir vereinbarten einen Besichtigungstermin am Martin-Luther-Platz. Im Gespräch stellte sich heraus, dass es nur recht wenige Bedingungen gab, der

Schrank musste aus wetterfestem Material bestehen, einmal täglich durch mich auf Sauberkeit und Ordnung kontrolliert werden und es wurde empfohlen ihn auf einem Privatgrundstück aufzustellen, da dadurch komplizierte Verwaltungsakte und Anträge zur Sondernutzung des öffentlichen Raumes entfielen. Durch den Kontakt des Stadtbezirksamtsleiters war auch schnell ein Standplatz gefunden, die Südseite der Martin Luther Kirche.

Nach einigen Monaten Suche nach einem geeigneten Schrank, hatte die Stadtverwaltung letztendlich selbst einen ausgemusterten Stahlschrank, dem ein Wetterdach verpasst wurde, bereitgestellt. Letztlich wurde er noch durch fünf jugendliche Mädchen, die an einem Graffiti-Workshop des Streetwork der Diakonie Dresden durchgeführt wurde, gestaltet. Wie ich finde, ist ihnen das auch sehr gelungen!

Am 22. Januar 2019 war es dann auch soweit, mit Pressetermin haben der Stadtbezirksamtsleiter, Herr Barth, der Pfarrer Möller und ich den Schrank sozusagen an die Öffentlichkeit übergeben. Das Interesse war groß, Journalist_innen von SZ über DNN, Mopo, Sachsen Fernsehen, Internet-Nachrichtenseiten und der Dresdner Wochenzeitung waren anwesend und interviewten uns. Jetzt freuen wir uns über reges Tauschen und hoffen, dass das Projekt viele Nachahmer_innen findet!

Einfach in bester Gesellschaft: Sommerferien mit dem Roten Baum

Badespaß auf Ostsee-Inseln, Kletter- oder Reiterferien in Tschechien, Fußballcamp in der Lausitz oder doch lieber Entspannen an der Talsperre Kriebstein?

von Peggy Turek

Wer uns kennt, der weiß: Mit dem Roten Baum ist es überall schön. Noch schöner werden die Ferien aber, wenn sie mit neuen Freundschaften und vielen erinnerungswürdigen Erlebnissen angefüllt sind. Deshalb fahren wir so gern weg, mit Kindern, mit Jugendlichen, miteinander.

Und auch bei vielen hundert Teilnehmer*innen jedes Jahr ist uns der persönliche Kontakt wichtig: Wir hören zu und lassen die Ideen der Kinder in die nächsten Planungen einfließen. Deshalb finden sich neben klassischen Angeboten auch Paddel- und Skatocamps, Schnupperferien für Neulinge und natürlich auch unsere traditionellen Kletterferienlager im Programm.

Seit über 25 Jahren organisieren wir Ferienfahrten zu finanzierbaren Preisen für alle Kinder und Jugendlichen. Dabei macht das langfristige Engagement von jungen Erwachsenen unsere Arbeit lebendig.

Unsere Betreuer*innen machen selbst aus der Anreise noch ein Ereignis, kennen die besten Knüppelteigre-



zepte, und sind für (fast) jede verrückte Idee zu haben: kein Wunder, schließlich waren sie zum Teil selbst als Baum-Kinder mit uns im Ferienlager.

Durch geschulte und erfahrene Betreuer*innen und natürlich durch viele neu gewonnene Freunde bringt man die Sommerferien mit uns »einfach in bester Gesellschaft«.

Programm einsehen und online anmelden!
www.roter-baum.de/ferienfreizeiten

Ferienfahrten-Prospekt bestellen!
ferienfahrten@roter-baum.de.

Ferienlagerbetreuer*in werden?

Und wer die jungen Menschen bei ihren spannenden Ferienerlebnissen begleiten und ihnen tatkräftig zur Seite stehen möchte, ist beim Roten Baum ebenso an der richtigen Adresse: Für die kommenden Ferienfahrten werden noch ehrenamtliche Betreuer*innen gesucht.

Für eine Betreuer*innentätigkeit bedarf es keiner besonderen Vorkenntnisse. Man sollte lediglich Spaß am Umgang mit Kindern und Jugendlichen haben, zuverlässig und verantwortungsvoll sein und einige Ideen zur Freizeitgestaltung im Ferienlager mitbringen.

Bewerben unter: www.haeuptling.org

Jugendverein Roter Baum e.V.
Großenhainer Straße 93
0351 8582702

„Oh Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen ...“

von Rica Gottwald

Dieser Schwur von Buchenwald war Orientierungshilfe für die Buchenwalder selbst und für alle, denen es wichtig war, eine neue humanistische Gesellschaft ohne Rassismus, Kriegstreiberei und Unterdrückung aufzubauen. Und er ist es für viele bis heute geblieben. Aber leider nicht für alle!

Ich fahre seit vielen Jahren mit Jugendlichen in die Gedenkstätte Buchenwald, weil ich es sehr wichtig finde, dass sie sich mit diesem Teil der Geschichte befassen, um Lehren für ihr Handeln zu ziehen. Oft haben wir uns mit ehemaligen Buchenwaldern getroffen, haben uns ihre Geschichten genau angehört und sie intensiv befragt. Ich erinnere mich noch ganz genau an solch eine Begegnung:

Wir saßen mit Benno Bibl zusammen und die Jugendlichen klebten förmlich an seinen Lippen. Plötzlich fing er an zu schluchzen, Tränen liefen ihm übers Gesicht und er konnte nicht weiter sprechen. Wir waren sehr erschrocken. Auf unsere Fragen, ob wir etwas falsch gemacht hätten, antwortete er schließlich ungefähr so: Nein. Im Gegenteil, er freue sich, dass wir so interessiert seien. Aber ihm ist gerade eingefallen, wie schön es doch gewesen wäre, wenn er vor 1989 gestorben wäre. Dann wäre er in dem Bewusstsein gestorben, dass der Schwur von Buchenwald erfüllt würde. Diese Gewissheit hat er leider nicht mehr. Er befürchtet, dass sich Geschichte doch leidvoll wiederholen kann.

Er gab uns auf den Weg, wachsam zu sein, uns zu engagieren und kritisch die aktuellen Ereignisse zu verfolgen. Er sagte uns, dass wir natürlich nicht für das verantwortlich sind, was von 1933 bis 1945 geschah. Wir sind aber sehr wohl verantwortlich dafür, was jetzt und in Zukunft geschieht.

Benno Bibl ist vor sechs Jahren gestorben. Seit dem hat sich die Lage in Deutschland, in Europa und weltweit sogar noch verschärft. Der Kapitalismus zeigt sein unmenschliches Gesicht, die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Kriege, Umweltzerstörung und wachsende Ungleichheit treiben Menschen weltweit in die Flucht. Und anstatt zusammenzusehen, lassen sich die „Verdammt dieser Erde“ entsolidarisieren. Rechte Parteien und Bewegungen (wie AfD, Pegida und z. B. Ukip in Großbritannien) lenken die Unzufriedenheit der Menschen gegeneinander und verschleiern damit das wahre Problem: das Kapital. Die Neurechten benutzen demokratische Grundrechte – und werden diese abschaffen, wenn wir nicht aufpassen. Noch ist es nicht zu spät!

Nutzen wir jede Möglichkeit, uns Kraft zu holen, uns zu bilden und neue Wegbegleiter zu finden. Überlassen wir den Nationalisten, den Antisemiten, den Rattenfängern nicht das Feld!

Am Sonntag, dem 14. April 2019, habt ihr dazu wieder die Gelegenheit. Nehmt mit uns an den Feierlichkeiten zur Selbstbefreiung der Buchenwalder, die sich am 11. April zum 74. mal jährt, teil. Zeigt, dass der Staffelfstab erfolgreich an uns übergeben worden ist! Gebt Geschichtsrevisionisten keine Chance!

Meldet euch bis zum 14. März verbindlich für unseren Reisebus an:
0351 / 858 38 01
kontakt@dielinke-dresden.de
18 € Unkostenbeitrag / 10 € ermäßigt
Alle genauen Daten erhaltet ihr nach der Anmeldung per Mail oder Brief. Wir freuen uns, dass wir in diesem Jahr durch unsere Chemnitzer FreundInnen verstärkt werden.

Am 19. April 1945 trafen sich die Buchenwalder ein letztes Mal auf dem Appellplatz und verlasen den Schwur von Buchenwald:

Der Schwur von Buchenwald

*Kameraden! Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazi-Bestie und ihren Helfershelfern ermordeten 51 000 Gefangenen! 51 000 erschossen, gehängt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgesprüht. 51 000 Väter-Brüder-Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren. 51 000 Mütter und Frauen und hunderttausende Kinder klagen an! Wir lebend Geliebten, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. Wenn uns eins am Leben hielt, dann war es der Gedanke: Es kommt der Tag der Rache! Heute sind wir frei! Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpfen. Wir denken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt, F. D. Roosevelt. Ehre seinem Andenken! Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muss unser sein! Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: **„WIR SCHWÖREN!“***

Buchenwald/Weimar 19. April 1945

Die subtile Gefahr



Foto: JenaFoto24.de / pixelio.de

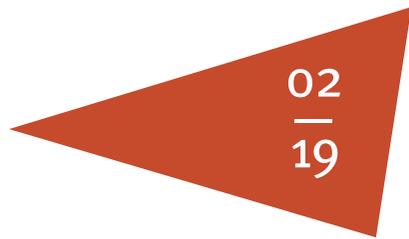
von Ines Finkenwirth

Offen rassistische und menschenfeindliche Aussagen schockieren viele Menschen. In dieser Direktheit werden solche Sätze jedoch selten formuliert. Die unterschätzte Gefahr besteht in Form einer rechten Gesinnung, die sich ganz subtil und Schritt für Schritt in die Gesellschaft schleicht, um sich

dort allmählich einen festen Platz zu verschaffen. Je kontinuierlicher sich rassistische Aussagen wiederholen, desto höher ist die Gefahr, dass durch die fortwährende Präsenz solcher Sätze ein Gewöhnungseffekt einsetzt und sie sich gar als zu akzeptierender Teil der Gesellschaft etablieren. Rechte Parolen

erhalten das Label „Gesellschaftskritik“ oder tarnen sich unter dem Deckmantel vermeintlicher Unzufriedenheit. Das alles führt am Ende dazu, dass die so wieso schon niedrige Hemmschwelle weiter sinkt und viele Menschen nicht mehr schockiert angesichts solcher Aussagen sind, sondern sie beinahe als normalen oder dazugehörigen Teil der gesellschaftlichen Debatte betrachten. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen niemals als ein zu tolerierender Bestandteil unserer Gesellschaft angesehen werden und erst recht nicht als Entschuldigung für Frustration oder Unzufriedenheit mit dem politischen System. Auf diese Weise werden die rechten Tendenzen, die sich seit einigen Jahren deutlich zeigen, nur relativiert. Eine Aussage wird nicht weniger schlimm und menschenverachtend, je häufiger sie wiederholt wird. Und sie wird auch nicht weniger unmenschlich, je stärker sie sich verdeckt zeigt oder sich unter alltägliche Diskussionen mischt. Beide Aspekte zusammen, also be-

ständige Präsenz und fadenscheinige Vorwände als Legitimation für unmenschliche Äußerungen, bilden den Nährboden für die subtile Verbreitung rechten Gedankenguts. Somit heißt es besonders jetzt, aufmerksam zu sein, aufmerksamer denn je. Es braucht viele Menschen, welche erstens diese unterschwellige Verbreitung rechter Ansichten bemerken und zweitens bewusst gegen diese vorgehen. Gleichzeitig darf man die Sorgen der Menschen niemals lapidar behandeln, sondern muss sie ernst nehmen. Ohne ein Mindestmaß an Sensibilität für unsere gesellschaftliche Entwicklung kann das nicht gelingen und wird den rechten Gruppierungen in die Hände spielen. Wer mit Ignoranz durch die Welt geht, stärkt den Hass in der Gesellschaft. Wer schweigt, statt redet, wer toleriert, statt entgegengewirkt, öffnet damit den rechten Kräften Tür und Tor. Halten wir uns somit an Rosa Luxemburgs Worte: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat“.



LINKE beantragt vertiefte Überprüfung der Vonovia

von Maximilian Kretzschmar

Das Verhalten der Vonovia stößt auf immer deutlichere Kritik. Viele Mieterinnen und Mieter beklagen sich deutschlandweit massiv über den Wohnungskonzern – auch in Dresden. So werden immer wieder umstrittene Mieterhöhungen, die fehlerhafte Einordnung in höherwertige Wohnlagen sowie drastische Erhöhungen von Betriebskosten beklagt. Wer sich darüber beschweren will, ein Anliegen hat oder einfach etwas klären möchte, wird häufig hingehalten. LINKE-Stadträtin Pia Barkow, die auch Mitglied im Ausschuss für Soziales und Wohnen ist, sagt dazu: „Immer öfter kommen Mieterinnen und Mieter auf uns zu und berichten von Problemen mit der Vonovia. In Sprechstunden und an Infoständen ist es mittlerweile das mit Abstand am häufigsten genannte Thema.“

„Wohnungskonzern presst Mieter aus wie eine Zitrone“

DIE LINKE meint zu derartigen Geschäftspraktiken: So geht es nicht. Deshalb hat sie einen Antrag zum Thema „Vonovia kontrollieren - Verstöße ahnden - Mieterinnen und Mieter schützen“ an den Stadtrat gestellt. Darin schlägt die Fraktion vor, unverzüglich eine vertiefte Überprüfung der Vonovia durch die Behörden durchführen zu lassen. Dabei soll zum Beispiel geprüft werden, ob und inwieweit Betriebskosten überhöht abgerechnet oder Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung, die falsche Ausstattungsklasseneinordnung oder die Überschreitung rechtlich zulässiger Mieterhöhungen. Sollte das zutreffen,

müssen unverzüglich rechtliche Schritte gegen den Wohnungskonzern eingeleitet werden. Zudem schlägt die Fraktion vor, alle durch die Sozialcharta geschützten Mieterinnen und Mieter sowie den Mieterverein Dresden und Umgebung e. V. in die vertiefte Prüfung einzubeziehen. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sagt dazu: „Der Wohnungskonzern presst die Mieterinnen und Mieter aus wie eine Zitrone. Es wird Zeit, dass diese Geschäftspraktiken einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Die betroffenen Mieterinnen und Mieter dürfen mit den Problemen nicht allein gelassen werden.“ Die Landeshauptstadt Dresden befinde sich in einer stärkeren Position als der einzelne Bürger. Stadtrat Tilo Wirtz ergänzt: „Die Stadt darf sich beim Abkassieren der Mieterinnen und Mieter nicht zur Komplizin machen, sondern muss dem Konzern gründlich auf die Finger sehen und ihm notfalls auch in den Arm fallen.“

Aktuelle Stunde zu Geschäftspraktiken der Vonovia

Weiterhin hat DIE LINKE eine Aktuelle Stunde des Dresdner Stadtrates zu diesem Thema beantragt. Diese ist öffentlich und findet am Donnerstag, dem 14. Februar 2019, um 16:00 Uhr im Plenarsaal des Rathauses statt. Fraktionsvorsitzender André Schollbach ruft betroffene Mieterinnen und Mieter zur Teilnahme auf: „Kommen Sie ins Rathaus, zeigen Sie, dass Sie nicht einverstanden sind mit dem Geschäftsgebaren der Vonovia. Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für eine stärkere Kontrolle des Wohnungsunternehmens und damit für einen besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter ein!“

Vonovia kontrollieren. Mieter schützen.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

14. Februar

Aktuelle Stunde im Dresdner Stadtrat
16 Uhr, Rathaus, Plenarsaal

#staddrat

Stadtrat im Livestream

Alle Sitzungen des Dresdner Stadtrates können im Internet via Livestream verfolgt werden: www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php
Wer nicht live dabei sein kann, hat auch später die Möglichkeit, den aufgezeichneten Mitschnitt unter diesem Link abzurufen.
Gezwitschert wird übrigens unter dem Hashtag #staddrat bei Twitter.



Unser Newsletter **DRUCKsache** aus der Stadtratssitzung am 24.01.2019
abrufbar im Internet unter: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2

www.linke-fraktion-dresden.de

Kippt Dresden?

In der heutigen Sitzung sollte es eine Richtungsentscheidung geben – es ging um millionenschwere Kürzungen im Sozialbereich durch die neue rechte Mehrheit im Stadtrat.

Ein rot-grün-roter Antrag sollte die Förderung etlicher in den letzten Jahren begonnener sozialer und kultureller Projekte sichern: Hebammen, Streetworker, Nachtcafés für Obdachlose, Kinder- und Jugendtreffs, Projekte wie Leih-Omas, die „Väter-App“, Projekte gegen Gewalt in Partnerschaften, die Straßenschule der Treberhilfe, die Gleichstellungsarbeit des Gerede e. V., das Projekt „Zuhause in Prohlis“ und viele mehr. Etliche dieser Projekte stehen bei Ablehnung des Antrages vor dem Aus. Die rechte Seite hatte eine Ablehnung bereits angekündigt. Doch dazu kam es nicht. Nicht einmal in Hinblick auf die Dringlichkeit des Antrags hatten CDU, AfD, Bürgerfraktion und FDP ein Einsehen, lehnten es ab, den Antrag heute noch zu beraten. Konsequenz: die vielen Projekte dürfen weiter bangen, um dann beim nächsten Mal eiskalt begraben zu werden. Vor der Stadtratssitzung hatten indes hunderte Menschen dafür demonstriert, diese Förderungen zu erhalten, gewarnt davor, dass Dresden bald mit einer schwarz-blauen Ratsmehrheit aufwacht. Wir sagen „Danke“ an alle, die heute vor dem Stadtrat klar gemacht haben, dass Dresden weiterhin eine sozial gerechte Stadt bleiben soll! Sollte Dresden am 26. Mai nach rechts kippen, dann ist dieses Schauspiel nur ein leiser Vorgeschmack auf das, was kommt.



~~Radweg~~ Albertstraße

"Die 80er haben angerufen. Sie wollen ihre Verkehrsplanung zurück." In einer Zeit, in der überall in Europa der Radverkehr und der ÖPNV an Bedeutung gewinnen, steckt die rechte Seite des Stadtrats den Kopf in den Sand und möchte eine der wichtigsten

Radverkehrsstrecken Dresdens als vierspurige Automagistrale erhalten. Gegen jede Vernunft. Die Planungen für eine Albertstraße mit drei Autospuren und beidseitigen Radspuren sind abgeschlossen. Und das, obwohl die Anzahl der Autos auch nur zwei Spuren rechtfertigen würde. Die Umgestaltung hätte in einigen

Wochen beginnen können. Die Baumaßnahme wäre zu 90 % gefördert worden. All das wurde weggeworfen von den Dinosaurier-Fraktionen für eine ideologisch motivierte Verkehrsplanung aus den 80er Jahren. Dieser Beschluss, den geplanten Radstreifen rückabzuwickeln, ist nachteilig für die Stadt und deshalb rechtlich angreifbar!

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Dr. Martin Schulte-Wissermann, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Maximilian Kretzschmar
Fotos: Maximilian Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Luftreinhalteplan beschlossen

Zwei Tagesordnungspunkte wurden in der Stadtratssitzung am 24. Januar beschlossen: Saubere Luft für Dresden gehörte dazu.

von Dr. Martin Schulte-Wissermann

Auf der letzten Stadtratssitzung wurde trotz jetzt unklarer Mehrheitsverhältnisse die unter Federführung von LINKE, Grünen, SPD und Piraten erarbeitete Neufassung des Luftreinhalteplans beschlossen. Damit hat Dresden nun wieder ein aktuelles Maßnahmenpaket, mit dem es glaubhaft machen kann, dass die Luftqualität besser wird. Dies ist zum einen wichtig, da ein aktueller Luftreinhalteplans gesetzlich vorgeschrieben ist (§47 BImSchG) – wäre der Plan nicht beschlossen worden, so hätten Dresden Sanktionen gedroht.

Aber mindestens genauso wichtig wie der Luftreinhalteplan selbst, sind die Mittel (Maßnahmen) mit denen die Luft sauberer gemacht werden soll. Im Kern zielt alles darauf ab, weniger fossile Brennstoffe zu verwenden, die Umwelt zu schonen und verstärkt auf regenerative Ressourcen zu verbrauchen.

Und so enthält der Plan insgesamt 51 Maßnahmen, die den Fuß- und Radverkehr stärken, für mehr Grün in der Stadt sorgen und Bus und Bahn verbessern. Selbst für die Autofahrenden ist der Plan gut – geht er auf, so bleibt Dresden eine der ganz wenigen Städte ohne Fahrverbote. Und das ist in diesen Zeiten schon was.



Dresdner Weg 2.0
Ohne Fahrverbote

Ich hasse Fahrverbote, denn sie treffen diejenigen am härtesten, die auf ein Auto angewiesen sind. Glücklicherweise wird aber momentan und in der Zukunft seitens des Bundes einiges Geld bereitgestellt, welches der Stadt Dresden auf dem Weg zu sauberer Luft ohne Fahrverbote helfen kann.

Die Freude wäre ungetrübt, wenn nicht die CDU mit ihren Vasallen im anschließenden Tagesordnungspunkt gleich eine Maßnahme aus dem Luftreinhalteplan geerdet hätten. So sah Maßnahme 9 vor, die Albertstraße um Radstreifen zu ergänzen. Das ist hier problemlos möglich, der Bau hätte im Frühjahr beginnen können, Dresden hätte dafür lediglich ca. 65.000 Euro bezahlt – ein riesiger Qualitätssprung hätte dieser Lückenschluss für den Radverkehr zwischen der Neustadt/Klotzsche und der Altstadt/Plauen bedeutet. Hätte, hätte – nun muss Dresden wohl 75.000 Euro an Schadensersatz an die Baufirmen zahlen und die Radfahrer den kollidieren weiter auf der Hauptstraße mit den einkaufenden Menschen. Das absurdeste an dieser Entscheidung aber ist, dass nun Fahrverbote in Dresden wahrscheinlicher werden. Ein Bären dienst für Rad und Auto. DIE LINKE und die Piraten werden weiter standhaft dafür eintreten, dass Bahn-, Rad- und Fußverkehr deutlich gestärkt und Dresden noch lebenswerter und schöner wird. Dazu muss der Luftreinhalteplan in den nächsten Jahren konsequent umgesetzt und nicht weiter verwässert werden. Am 26. Mai werden bei den Kommunalwahlen dazu die Weichen gestellt.

LINKE setzt sich für Skate-Bahn ein

Rigoros plattgemacht wurde im Herbst 2018 die Skateanlage auf der Brache des ehemaligen Betonwerks Johannstadt: Doch begraben ist der Wunsch nach einem Skatepark damit nicht.

Bis zum 11. November 2018 gab es auf einer Brachfläche an der Trinitatiskirche einen Skatepark mit Mountainbike-Fahrgelände und Graffitiflächen. Dieser befand sich auf einer privaten Brachfläche und war von Anfang an nur eine Interimslösung. Die Anlage wurde von Jugendlichen sowohl aus der nördlichen und südlichen Johannstadt als auch aus weiter entfernten Gebieten der Stadt sehr intensiv und gern genutzt. Sie stellte damit einen beliebten Treffpunkt von Jugendlichen dar.

Im November letzten Jahres wurde der Skatepark nun vom Eigentümer des Grundstücks abgerissen. Da es in diesem Bereich Dresdens viele Familien mit Kindern gibt, reißt der Wegfall dieses Platzes eine große Lücke in die unbegleiteten Freizeitangebote für Jugendliche.

Rechtzeitig kümmerte sich LINKE-Stadträtin Rica Gottwald, zu deren Wahlkreis die Dresdner Johannstadt gehört, um die Probleme der Skaterinnen und Skater

und suchte nach Lösungswegen: „Der Abriss des von Jugendlichen selbstgebauten Skateparks durch den Grundstückseigentümer hat mich sehr geärgert. Umso wichtiger ist es, jetzt einen neuen Standort zu finden. Eine Skateanlage im Gebiet der Johannstadt ist ein Zugewinn an Lebensqualität für junge Leute im Stadtteil. Jugendliche brauchen Freiräume, die sie selbst nach ihren Bedürfnissen mitentwickeln können. Nutzen wir doch einfach ihre Ideen und ihren Elan!“

DIE LINKE Fraktion brachte deshalb zeitnah einen Antrag für die Einrichtung einer Skateanlage in der Johannstadt ein. Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden, zu prüfen, wo in der Johannstadt dauerhaft ein Skaterpark errichtet werden kann.

Weiterhin soll es beispielsweise eine Zukunftswerkstatt geben, um Jugendliche und ansässige Vereine in die Planungen mit einzubeziehen.



Foto: v.l.n.r.: Martin Bertelmann (Skater), Rica Gottwald (LINKE-Stadträtin der Altstadt) verdeckt: Thorsten Deigweier (Sozialarbeiter der Treberhilfe), Uwe Joschke (Vater aus der Johannstadt (Sohn ist Jung-Skater) - Initiator) stehend: Sebastian Linda (Skaterverein two for eight wheels e.V., Künstler und Filmemacher)
Foto: Maximilian Kretzschmar

Sondersitzung des Stadtrates findet am 08. Februar statt

Die Fraktionen von LINKEN, Grünen und SPD haben eine Sondersitzung des Stadtrates beantragt, um die Behandlung ihres Antrags zur Finanzierung von Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturaufgaben zu erreichen. Der Stadtrat muss nun gemäß § 36 Abs. 3 Satz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung unverzüglich durch den Oberbürgermeister einberufen werden. Rot-Grün-Rot will so erreichen, dass die monatelange Hängepartie für die betroffenen Träger in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe und Kultur ein Ende hat.

Am 28. Januar 2019 hat der Ältestenrat, der aus den Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister besteht, dazu beraten. Die beantragte Sondersitzung des Stadtrates wird am Freitag, dem 08. Februar 2019, um 16 Uhr im Rathaus stattfinden.

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach erklärt: „Die Hängepartie muss endlich ein Ende haben. Die betroffenen Träger und Vereine brauchen Klarheit. Hier geht es um eine Richtungsentscheidung. Wir wollen das nötige Geld bereitstellen, damit die gute Arbeit der verschiedenen Einrichtungen im sozialen und kulturellen Bereich fortgesetzt werden kann. Lehnen CDU, AfD und Co. den von uns gestellten Antrag ab, führt das zu erheblichen Einschnitten in die soziale und kulturelle Infrastruktur unserer Stadt. Es droht ein Flurschaden mit erheblichen negativen Folgen.“

Umbau des Altmarktes

Im März 2020 soll der komplette Umbau des Altmarktes erneut beginnen, für den die Kosten immerhin bei 7,3 Millionen Euro liegen. Erst vor zehn Jahren wurde der Altmarkt saniert.

Der Oberbürgermeister drängt auf diese Sanierung, obwohl es lediglich um elektrische Leitungen geht, deren Anschlüsse nicht für die Striezelmarktbauten passen. Darüberhinaus sammelt sich auf der Tiefgarage unterm Altmarkt (in privatem Besitz) Regenwasser. Bauingenieur und LINKE-Stadtrat Tilo Wirtz hatte allerdings nachgewiesen, dass dies einem Baufehler (falscher Neigungswinkel) der Tiefgarage geschuldet ist und somit das Durchsickern des Wassers wohl nicht abgestellt werden könne. Nun wird voraussichtlich der Stadtrat in der Doppelsitzung am 14. und 15. Februar über die Sanierung des Altmarkts entscheiden.

Sinnlose Machtdemonstration verhindert Radwege auf der Albertstraße



Foto von der Protestdemo von Critical Mass am 29. Januar 2019: Der Mobilisierung waren viele Radfahrer*innen gefolgt.

Foto: Tilo Wirtz

von Tilo Wirtz

Ich weiß nicht mehr seit wann und wie oft über die schlechte Radverbindung zwischen Albertplatz und Rathenauplatz diskutiert worden ist. Falsch, diskutiert wurde ja gar nicht, es gab Informationen zum Stand der Umsetzung.

Und es herrschte Einigkeit. Einigkeit, dass ein Radweg her muss. Ein Radweg auf der Straße. Denn vom Albertplatz bleiben dem Radverkehr derzeit drei Möglichkeiten übrig, in die Altstadt zu kommen, die alle nicht komfortabel, schlüssig und sicher sind.

Direkt und bedrängt

Als erstes der direkte Weg über Albertstraße, Carolaplatz über die Straßenbrücke zum Rathenauplatz und nach der Synagoge auf den Radweg weiter Richtung Hauptbahnhof. Nachteil, der Radverkehr nimmt „gleichberechtigt“ am Straßenverkehr teil, wobei auf der Carolabrücke der Autoverkehr in der Regel davon ausgeht, auf einer Autobahn zu sein, auf der Radverkehr nicht zulässig ist.

Und so verhalten sich die Autos dann auch, indem sie Radfahrer anhupen oder gar bedrängen. Hinweis: Der Fußweg auf der Altstadtseite der Brücke ist kein angeordneter Radweg, der Radverkehr gehört hier auf die Straße.

Auf der Seitenstraße im Hindernisparkour

Zweite Möglichkeit ist es, neben die Albertstraße auf die Sarrasanstraße auszuweichen. Ist auf der Albertstraße der schnell fahrende Autoverkehr das Problem für den Radverkehr, ist es auf der Sarrasanstraße der ruhende. Denn ein- und ausparkende Autos, ein- und aussteigende Menschen, rangierende Fahrzeuge und so weiter machen auch hier eine Radpartie zum Abenteuer.

Nach der Sarrasanstraße geht es über eine Kante auf einen schma-

len Weg über eine Wiese rein in eine Haltestelle über eine Kreuzung...

Als Kampfradler durch die Fußgängerzone über Pflaster und Treppen (wenn man nicht aufpasst)

Die dritte der drei schlechten Möglichkeiten ist die Hauptstraße und dann über die Augustusbrücke. Hier wird der Konflikt zwischen Autos und Fahrrädern zu einem Konflikt zwischen Fußgängern und dem Radverkehr. War eben der Radfahrer auf der Straße noch ein langsam bewegliches Verkehrshindernis, mutiert er in der öffentlichen Wahrnehmung nun zum „Kampfradler“, der gefälligst absteigen soll in der Fußgängerzone, die allerdings für den Radverkehr freigegeben ist, mal von Holperpflaster und Treppen in der Fußgängerzone abgesehen.

Der Radweg sollte eigentlich schon umgesetzt sein

Seit langem informierte die Verwaltung also immer wieder darüber, dass eine Autospur für Radwege geopfert werden solle. Per Verkehrssimulation konnte nachgewiesen werden, dass zwei Spuren Richtung Stadt eigentlich nicht notwendig sind. Das ist auch nachvollziehbar, da die Albertstraße gerade in der Hauptverkehrszeit nur einspurig angefahren werden kann.

Denn der Rückstau von Abbiegern verhindert, dass zwei Geradeausspuren an der Kreuzung genutzt werden können, sowohl von der Carolabrücke in die Albertstraße, als auch am Albertplatz. Normalerweise sollte die Maßnahme auch schon in Umsetzung sein, scheiterte aber an mangelnden Angeboten von Baufirmen. Nun lief die zweite Ausschreibung, als es der neuen Rechtskoalition gefallen hat, dieser nie angefochtenen Verbesserung für den Radverkehr als einem „Schlüsselprojekt“ der linksgrünen „Verkehrswende“ öffentlichkeitswirksam den Garaus zu

machen. Denn mit dem „Zurückdrängen“ des Autoverkehrs müsse endlich Schluss sein. Gerechtigkeit bedeutet hier scheinbar, dass die einen zwei Spuren und die anderen gar keine haben.

Reine Symbolpolitik mit nachteiligen Folgen

Für die Rechtskoalition war der Antrag eine reine Machtdemonstration. Symbolpolitik, welche die mögliche zeitnahe Beseitigung eines Missstandes verhindert hat. Da die Angebote zur Umsetzung des Radweges bereits eingegangen waren, sind sogar Schadenersatzforderungen möglich, welche den Eigenanteil der Stadt an der Baumaßnahme übersteigen könnten, denn eingeworben war eine Förderung des Radweges über neunzig Prozent.

Erfolgreiche Mobilisierung der betroffenen Radfahrerinnen und Radfahrer

Die Betroffenen meldeten sich umgehend zu Wort und haben bereits am Dienstag nach dem verhängnisvollen Stadtrat mit einer Radfahrdemonstration ihren Anspruch auf die Straße und die Stadt wirksam unterstrichen. Normalerweise trifft sich Critical Mass immer am letzten Freitag im Monat zu einer gemeinsamen Radtour. Anlassgegeben wurde nun zu einer Sondertour aufgerufen. Vom Albertplatz Richtung Altstadt zog ein bunter Fahrradkors, dann über die Antonstraße durch die Neustadt und dann in zwei großen Gruppen von jeweils über hundert Fahrrädern in beide Richtungen der Albertstraße und der Carolabrücke mit beidseitigem Treffen am Carolaplatz. Klar, der Beschluss ist eine Niederlage für den umweltfreundlichen und stadtschonenden Radverkehr, der dem Autoverkehr nicht mal etwas bringt. Aber statt Resignation gab es Mobilisierung. Und gute Laune. Und das macht Hoffnung. Wir müssen weitermachen, dann kommt der Radweg doch noch.



Weiterhin Verfolgung von Homosexuellen

In Tschetschenien werden immer noch Homosexuelle unterdrückt, eingesperrt und gefoltert. Wie schon vor zwei Jahren hat diese Verfolgung erneut ihren Höhepunkt erreicht, in dem es Berichte über Tote gibt.

Das perfide an der Sache ist, dass der Präsident jegliche Vorwürfe zurückweist, da es im Land ja gar keine Homosexuellen gäbe und wenn doch, würde sich darum schon in der Familie gekümmert. Immer wieder gibt es unter dem Vorwand der Ehrenmorde auch Tötung innerhalb der Familie. Und was macht die Bundesregierung? - nicht mehr als reden. Denn Außenminister Maas beteuerte erst letzte Woche, auf Anfrage von Stefan Liebich, dass sie für die Einhaltung der Menschenrechte alle möglichen Kanäle nutzen werden

und gegen Verstöße vorgehen möchten. Blöd nur, dass dies Maas den Freitag darauf, also zwei Tage nach seiner Aussage, bei seinem Staatsbesuch in Moskau dann wohl wieder vergessen hat. So verlor er kein Wort über die Folterung und Tötung der Schwulen in der Teilrepublik Russlands. Selbst Angela Merkel appellierte an Putin vor zwei Jahren gegen diese Verbrechen vorzugehen. Niemand sollte um sein Leben fürchten, um seine sexuelle Identität und Orientierung auszuleben. Die Bundesregierung soll einerseits Fliehenden aus dem Land Schutz gewähren und diese unterstützen zu überleben. Andererseits, soll sie klar Druck auf Russland ausüben und handeln, sonst ist sie hier Mittäter_in, sei es die Bundeskanzlerin oder der Außenminister. Love is Love!

#steckbrief

Linksjugend stellt sich vor



Wer bist du?

Paul Höslér, 27 Jahre, seit 7 Jahren aktiv in der Partei, seit ca. 9 Jahren aktiv im Jugendverband. Derzeit bin ich Jugendkandidat der linksjugend [solid] Sachsen für die kommende Landtagswahl in Sachsen und Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften.

Politisert wurde ich...

Auf dem Land war ich mit mehreren Problemen konfrontiert: quasi nicht existente ÖPNV-Anbindung an Städte, fehlende Jugendzentren und vor allem das Problem von neonazistischen Strukturen, die öffentlichen Raum für sich beanspruchten (bspw. Spielplätze, Bahnhof). Die Probleme und insbesondere die Perspektivlosigkeit der Jugend auf dem Land sind mir sehr vertraut, auch weil ich sie selbst erfahren habe und sie sich in mein Denken und Handeln eingeschrieben haben.

Im Studium bin ich dann über die zahlreichen Gremien und Ämter mit den tiefgreifenden Problemen der Hochschulpolitik in Kontakt gekommen und habe mir linke Perspektiven dazu angeeignet. Ein Höhepunkt dabei war die Mitorganisation der „Kürzer geht's nicht!“-Demonstration im Juni 2014, als ca. 8.000 Teilnehmer*innen der damaligen schwarz-gelben Landesregierung klar ausdrückten, dass sie die

Subkultur sichern, Sperrstunde abschaffen!

von Florian Berndt

Wir unterstützen die Petition von TOLERAIVE an den Dresdner Stadtrat, die Sperrstunde hier abzuschaffen. Denn eine Bewerberstadt um den Titel Kulturhauptstadt 2025 braucht sicherlich keine zeitliche Beschränkung zum Tanzen und Feiern in Clubs. Es darf nicht vergessen werden, dass die Clubkultur ein wichtiger Bestandteil einer Stadt ist und unnötige Beschränkungen den Lokalitäten nur eine Menge Geld kosten. Zumal die Einschränkung auch die Verdrängung dieser Kultur zur Folge haben kann, da die Zukunft von vielleicht unliebsamen Clubs in Vierteln gefährdet werden kann.

Stichwort: Gentrifizierung.

Neben den schon angebrachten Punkten ist die Selbstbestimmung darüber, wann und wie lange man tanzen gehen möchte hier der Knackpunkt. Solange keine Dritten eingeschränkt werden was durch Bestimmungen im Lärm schutz verhindert wird, sollte jede_r selbst entscheiden, ob er/sie schon um 5 heim geht oder erst um 5 in den Club kommt. Deswegen sagen auch wir: Sperrstunde aDDÉ! Die Petition könnt ihr im Internet unterstützen.



se Sparpolitik nicht weiter hinnehmen werden. Leider ist aber auch jetzt zu konstatieren: Mit SPD-Beteiligung hat sich nichts grundlegend geändert und viele Versprechen im Hochschulbereich wurden nicht eingelöst. Mir war auch trotz meiner damaligen Mitgliedschaft in der Partei schon bewusst: Eine soziale, offene und demokratische Hochschule ist nur mit DIE LINKE möglich.

Was machst du in der Partei/im Jugendverband?

In der Partei bin ich sowohl in der LAG Bildung als auch in der LAG Hochschulpolitik engagiert. Darüber hinaus habe ich die (Wieder-)Gründung des SDS Dresden angestoßen, begleite die Gründung einer linken Hochschulgruppe in Zwickau und habe im Jugendverband bspw. am Grundsatprogramm mitgeschrieben und die letzten zwei Pfingstcamps mitorganisiert.

Inhaltliche Schwerpunkte sind ...?

Inhaltlich bewege ich mich hauptsächlich

im Bereich Bildungs- und Hochschulpolitik, wobei ich hier auch viel Wert auf Feminismus sowie Inklusion lege.

Blick nach vorn:

2019 wird ein anstrengendes Jahr für uns alle. Es stehen sowohl Kommunal- und Europawahlen als auch Landtagswahlen in Sachsen bevor. Ganz besonders freue ich mich schon auf den Wahlkampf gemeinsam mit der linksjugend zur Landtagswahl. Egal wie anstrengend es auch wird, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, dann bin ich mir sicher, dass wir mit einem guten Wahlkampf alle Ebenen sozialer und gerechter machen können. Denn das geht eben nur mit DIE LINKE.

FEBRUAR



RED BAG LUNCH

Das Rushing Woman Syndrom: warum Dauerstress gerade für Frauen so gefährlich ist
Mit Anne Holowenko (tanzt auf vielen Hochzeiten)

Am 01. Februar von 12:30 bis 13:30 Uhr in der Wir AG, Martin-Luther-Straße 21

02 Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Pieschen

10 Uhr | HdB (Saal) | Großenhainer Str. 93

Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Loschwitz

15 Uhr | HdB (Saal) | Großenhainer Str. 93

04 Die Neue - Treffen für Neumitglieder und Interessierte

18:30 Uhr | HdB | Empore | Großenhainer Str. 93

05 Ältestenrat DIE LINKE. Dresden

9:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

06 Neoliberaler Populismus in der Türkei und seine Krise

Mit Dr. Ümit Akcay, Eine gemeinsame Veranstaltung des Instituts für Geographie der TU Dresden und der RLS Sachsen
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

07 Öffentliche Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Der marktgerechte Patient

Podiumsdiskussion und Film
19 Uhr | Kino in der Fabrik | Tharandter Str. 33

08 Sondersitzung des Stadtrats

Zur Finanzierung von Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturaufgaben
16 Uhr Uhr | Plenarsaal | Dresdner Rathaus

09 Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Plauen

10 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

12 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus

14 Stadtratssitzung

Mit der aktuellen Stunde auf Antrag der LINKEN Vonovia kontrollieren.
Mieter schützen.
16 Uhr Uhr | Plenarsaal
Dresdner Rathaus

15 REIHE: Junge Rosa Fakten und Fake News zum globalen und regionalen Klimawandel

Mit Wilfried Küchler, Eine Veranstaltung der RLS Sachsen
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

Stadtratssitzung

16 Uhr Uhr | Plenarsaal
Dresdner Rathaus

20 Treffen Ortsverband Loschwitz

16 Uhr | Ortsamt Blasewitz | Naumannstr. 5

Die Treuhand - Fluch oder Segen im Osten Deutschlands?

Mit Dr. Marcus Böick, Eine VA der RLS Dresden
19 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

21 LINKE TeeSTUNDE in der WIR AG

17 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

27 Politik des Sozialen.

Mit Timm Kunstreich
19 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

MÄRZ

01 Stammtisch der LINKEN Dresden Neustadt

19 Uhr | Erlenklause | Erlenstr. 22

04 Treff der LINKEN Blasewitz

18 Uhr | Bürgertreff der Volkssolidarität „Marie“ | Breitenauer Straße 17

05 Die Neue - Treffen für Neumitglieder und Interessierte

18:30 Uhr | HdB | Empore | Großenhainer Str. 93

08 Ganztägig Aktionen zum Internationalen Frauen*tag

Rosa Luxemburg
Stiftung

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 18

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden

- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)

- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des
Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Mittwoch 17 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

KEIN ZURÜCK
FÜR NAZIS!
MAHNGANG
TÄTERSPUREN
BEGINN 14:00 UHR
AM GROSSENHAINER PLATZ

DRESDEN
STELLT SICH
QUER

WWW.DRESDEN-NAZIFREI.DE

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Anne
Holowenko, Jens Matthis, Frederic
Beck, Ines Finkenwirth, Christopher
Colditz, Peggy Turek, Dr. Jürgen
Leibiger, Sarah Buddeberg, Paul
Höser, Reinhard Balzk, Andreas Grünzig

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
GmbH Cottbus, Auflage: 4.000 Exemplare



Danke, Juliane!

von Jürgen Leibiger

„Ich kaufe nichts. Ich hole nichts. Ich gebe nichts zurück.“ Das war das bibliothekarische Credo von Bibliotheksrätin Juliane Krummsdorf als Leiterin der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden und „ihrer“ Bücherei auf dem Weißen Hirsch. Die Mitbegründerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ist am 22. Dezember 2018 in ihrem 88. Lebensjahr verstorben.

Geboren in Heidelberg verschlug es die Familie im Nachkrieg nach Dresden, wo sie eine Verwaltungslehre abschloss und bis 1960 an der Technischen Hochschule Dresden, der Vorgängerin der heutigen Universität, arbeitete. Nach einem Studium der Bibliothekswissenschaften in den 1960er Jahren leitete sie jahrelang die Bibliothek des Zentralinstituts für Kybernetik und Informati-

onswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR in Dresden.

Nach der Wende stürzte sie sich in selbstinitiierte Abenteuer, wie sie nur wenigen Rentnerinnen oder Rentner ver-gönnt sind. Neben der Mitbegründung der Stiftung in Leipzig (die Mitinitiatoren waren Prof. Walter Markov, Prof. Helmut Seidel und Dr. Volker Külow), holte sie in ihrem Wohngebiet auf dem Weißen Hirsch den Verschönerungsverein aus der Versenkung und für die damalige PDS und die Rosa-Luxemburg-Stiftung rettete sie ganze Bibliotheken, sammelte Bücher, übernahm Büchernachlässe und baute ein Kollektiv auf, das die Bibliothek betreute. Viele Veranstaltungen und Veröffentlichungen hat sie für den Dresdner Arbeitskreis der Stiftung angestoßen und organisiert.



Bibliotheksrätin Juliane Krummsdorf gemeinsam mit Dr. Werner Abel (i.F.l.) und Thomas Westphal, dem ehemaligen Leiter des Regionalbüros Dresden der RLS (Archivfoto von 2012)

Mit ihrem Ausscheiden aus der Bibliothek der Stiftung war noch lange nicht Schluss. Auf dem Weißen Hirsch begründete sie 2012 – nun schon 82-jährig – erneut eine Bücherei von zwei- bis dreitausend Büchern und sammelte, betreute und verlieh Bücher auf ehrenamtlicher Basis und in privater Verantwortung. Ich habe viele Jahre mit Juliane in der

Stiftung zusammengearbeitet. Ihre Aktionslust, ihre Leidenschaft und Akribie, ihr Organisationstalent und ihr Geschick im „Menschenfangen“ waren bewunderungswürdig. Ich verneige mich, sicher auch im Namen aller Mitstreiterinnen und Mitstreiter des Dresdner Arbeitskreises der Stiftung, vor dieser Lebensleistung. Danke, Juliane.

Es geht schon wieder los gen Osten

von Reinhard Balzk

Ende Januar/Anfang Februar 2019 (genauer geht es nicht aus Gründen der militärischen Geheimhaltung) werden 3.500 GI's mit 2000 Fahrzeugen (Panzer sollen diesmal nicht dabei sein) in Antwerpen anlanden und über Deutschland nach Osten rollen, Zwischen-Stopp auf einem Lausitzer Truppenübungsplatz ist vorgesehen. (alles Zeitungsinformationen) Bezahlen sie eigentlich auch Maut-Gebühren? Die Bundesbahn? Den Sprit? Logistisch gesichert wird der Konvoi durch die Bundeswehr mit ihrer (Kriegsministerin). Da es sich um eine „rotierende“ Verlegung handelt, ist natürlich eine Kontrolle erforderlich, das könnte das Außenministerium übernehmen, das mit seinen scheinheiligen

Vorschlägen hinreichend qualifiziert ist. Der Gouverneur der USA überwacht die ganze Aktion, dass niemand aus der Reihe tanzt. Was die Russen dazu sagen? Vollkommen uninteressant, wenn sie Sperezenzen machen, und sich wehren, werden sie sanktioniert. Da ist dem Trump schon was eingefallen!

Die deutsche Außenpolitik und das deutsche Militär waren schon seit 150 Jahren die Speer-Spitze des deutschen Imperialismus! Nur einer tanzte aus der Reihe: Bismark. Er musste wohl gehaut haben wohin das führt. Wir wollen uns mal die Landkarte Deutschlands von 1914 ansehen und uns der Trümmer in Dres-

den erinnern. Mit Lichterketten werden wir die Konvois wohl nicht aufhalten!

Erinnern wir uns auch der Lehren die Brecht aus den Kriegen um Karthago zog: nach dem ersten Krieg waren sie noch mächtig, nach dem zweiten noch bewohnbar, nach dem dritten nicht mehr auffindbar!

Und was sagen die die deutschen Politiker, die Medien, allen voran die gut informierten „Hauptstadtbüros“, „das Zweite“, mit Kleber, mit dem man bekanntlich besser sieht? Haben die schon mal Alarm geblasen? Es ist höchste Zeit aufzustehen.



CubaSi informiert

von Andreas Grünzig

Das zu Ende gegangene Jahr 2018 war für Cuba Si Dresden wiederum ein erfolgreiches Jahr, konnten wir doch von Arbeitsgeräten über Spiel-, Schreib- und Büromaterial, Bett- und Küchenwäsche bis zu medizinischen Hilfsmitteln, Fahrrädern und Zubehör bis zu Musikinstrumenten, Hilfsgüter spenden. Dazu gehören z.B. 28 Fahrräder und Fahrradhelme, 4 Kisten Bett- und Küchenwäsche, weiter Arbeitswäsche, Werkzeuge und Gartengeräte und 1 Gitarre. In der Dezembersammlung kam eine Spendensumme in Höhe von 470,00 Euro zusammen, an denen Spender wie Katarina Fuchs, Helga und Franz Eisel, Rita Kring sowie Alfred Müller beteiligt waren. Cuba Si Dresden bedankt sich bei allen Spendern recht herzlich.

Schwerpunkt der Arbeit von Cuba Si Dresden bleibt auch 2019 das Werben von Spenden. An der Spitze steht dabei die solidarische Unterstützung des Krankenhausprojektes in Havanna, wo es um die Neuausstattung einer Geburtsklinik geht. Diese Aktion wurde bereits in der Monatsschrift „DIE LINKE“ Nr. 01 / 19 von Ursula Zierz beschrieben. Wir weisen auch auf die veröffentlichten Sammeltermine 2019

und das dort angegebene Sammelgut hin. Der Aufruf ist auch auf unserer Internetseite AG Cuba Si / DIE LINKE Dresden einzusehen. Der nächste Sammeltermin ist am Donnerstag dem 06.03.2019 im Haus der Begegnung.

Cuba im Jahr 2019

Das neue Jahr begann in Cuba mit den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Revolution. Ein für Cuba sicher wichtiges aber auch schwieriges Jahr ihres Ringens um eine soziale, gerechte und vor allem menschliche Gesellschaft. Dieser Kampf erfolgt in harter Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften der USA sowie Mittel- und Südamerikas. Dort sei an die mit den Wahlen in Brasilien eingeleitete Restauration des Kapitalismus erinnert, Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war die Ausweisung der cubanischen Ärzte, die dort in solidarischer Hilfe Teile der brasilianischen Bevölkerung auf dem Lande medizinisch betreuten, die bisher keine medizinische Versorgung hatten. Dieser soziale Fortschritt wurde aus politischen und finanziellen Gründen einfach abgeschafft. Wie die Tageszeitung Granma bereits im Dezem-

ber 2018 berichtete, bedanken sich viele Brasilianer für die im Rahmen der Solidaritätsaktion „Mais Medico“ geleistete Hilfe der Insel (Cuba – d.V.). Der eingesperrte Ex – Präsident Lula schreibt in einem Brief an das cubanische Volk: „Seien Sie stolz auf Ihre Ärzte“ ebenfalls von Granma veröffentlicht.

Ende 2018 wird die cubanische Wirtschaft ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von etwas mehr als 1% aufweisen. „Aber dieses Wachstum, das zwar gering ist und sich nach wie vor nicht „auf die Bevölkerung auswirkt, wie wir es benötigen würden, verdient Anerkennung auf Grund der Bedingungen, unter denen es erreicht wurde, ohne Leistungsbilanzdefizit, ausgehend von den insbesondere in der zweiten Jahreshälfte getroffenen Maßnahmen.“ Trotz aller Schwierigkeiten ein Haushalt, der dem Sozialen verpflichtet ist. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses wurden über die Erfüllung des Plans 2018, die Einschätzung über die Durchführung des Haushalts in diesem Jahr und die Entwürfe für 2019 informiert (granma.cucuba/wirtschaftsplan-fur-2019-objektiv-und-realistisch). Saludos solidarios

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“



Cuba Si
Solidarität mit Kuba
Sammeltermine 2019

Abgabe von Sammelgut jeweils von 10:00 bis 14:00 Uhr an folgenden Donnerstagen:
07. März 2019 06. Juni 2019 05. Sept. 2019 05. Dez. 2019

Sammelort:
Haus der Begegnung
Großschauer Str. 31
01127 Dresden

Anfragen an:
Karin Hoffmann
Tel. 83 83 801
www.cubasi.org

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si Dresden sammelt für Kuba:

- Geldspenden für unsere Ökono-Transporte und Solidaritäts-Projekte
- Medizinische u. orthopädische Hilfsmittel (Gehhilfen, Rollatoren, Rollstühle, Orthesen)
- Schul- und Büromaterial (Hefen, Schreibgeräte, Ordner, Mal-Umschläge, Zeichenblöcke)
- Kinderspielgeräte (Ballen, Dreirad, Fahrrad, Sportgeräte und Musikinstrumente)
- Haushaltswäsche (gut erhaltene Bettwäsche, Hand- u. Tischtücher aus Baumwolle)
- Waschpulver, Seife, Zahnpasta, Einlagen
- Fahrräder, Nähmaschinen, Werkzeuge
- Computer, USB-Sticks, CD-, DVD-Rohlinge
- Arbeitsschutz: Gummihandschuhe, Schutzhelme etc.

Bitte keine Kleidung!

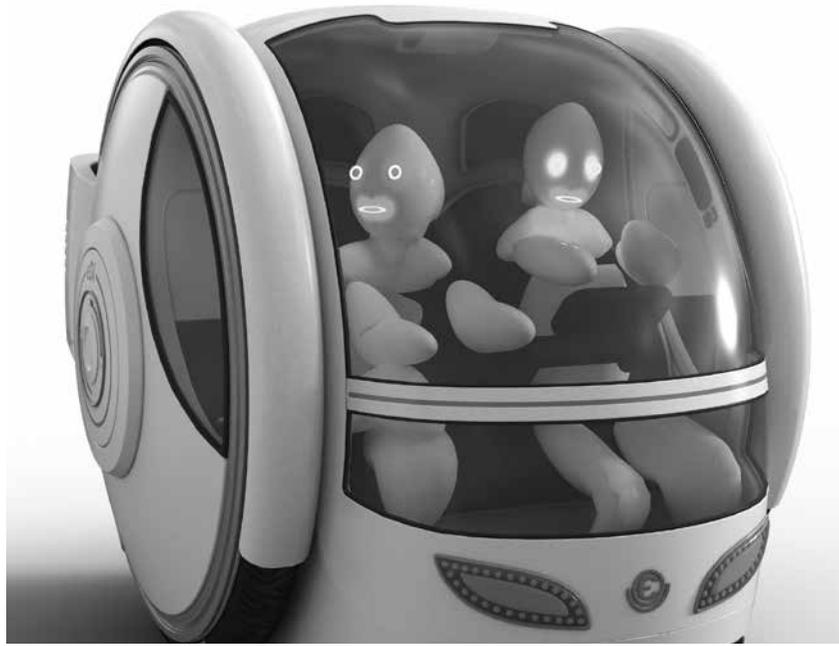
Über die Auflösung von Handwerksbetrieben, Anzeigern, Schulen, Kindergärten bitten wir um so Informationen.

DIE LINKE/Cuba Si Dresden © Spendenkonto
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
BIC/SWIFT-Code: OSDDDE 33 XXX
Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder

Studie untersuchte Folgen des autonomen Fahrens

von Frederic Beck

Verkehrschao 2.0? Dieser Frage war jüngst Gegenstand eines Kommentars im WDR. Der Journalist gelangte anhand von Studienergebnissen der Technischen Universität Wien (<https://blog.wdr.de/digitalistan/autonomfahren/>) zu einem eindeutigen Ergebnis: Sollte das autonome und vernetzte Fahrzeug tatsächlich in den nächsten Jahren marktbeherrschend werden, so würde sich die Situation auf Deutschlands Straßen wohl deutlich verschlechtern. Der Nahverkehr hätte das Nachsehen, schließlich ließe sich dann auch im Auto bequem Arbeit erledigen, lesen oder schlafen. Man bräuchte wohl nicht einmal einen besonderen Führerschein, um sich mit dieser Art von Transportmittel fortzubewegen. Alle die es sich leisten könnten, würden dann mit Sicherheit auf lästige Fahrten in engen Bahnen oder gefährliche Touren mit dem Rad verzichten. Der finanzielle Fokus, anhand dessen die Politik ihre Infrastrukturinvestitionen festmacht, käme wohl zu einer neuerlichen Wende hin zu mehr und breiteren Straßen. Alle die es sich nicht leisten können oder wollen, müssten dann mit wiederum veraltetem öffentlichen Personennahverkehr zurechtkommen oder sich den Platz auf der Straße mit immer mehr Autos teilen, die dem Trend zu SUV's geschuldet, auch stetig größer werden. Ein Horrorszenario auch für die Umwelt. Schließlich sind die KFZ in ihrer Herstellung



emissionsintensiv und auch ihr Antrieb wird wohl zunächst nicht ohne das Erzeugen schädlicher Gase auskommen.

Wissenschaftler*innen sehen es als realistisch an, dass schon in zwei Dekaden die Majorität der Fahrzeuge ohne Fahrer*in hinterm Lenkrad unterwegs sein wird.

Die Ergebnisse des Kooperationsprojektes zwischen Forschungseinrichtungen in Wien und Leeds sehen aber auch Vorteile dieser „Verkehrsvolu-

tion“. Professor Günter Emberger vom Institut für Verkehrswissenschaften sieht u.a. die Chance, dass das Unfallrisiko deutlich minimiert wird und Staus in Zukunft der Vergangenheit angehören. Jedoch gibt er zu bedenken, dass man sich Gedanken über neue Parkraumkonzepte und Lenkungssysteme machen muss. Sein Team und das der anderen beteiligten Unis, erstellten bereits Computersimulationen, um mögliche Szenarien für das künftige Verkehrsaufkommen durchzuspielen. Sie kamen darauf, dass der mit Autos zurückge-

legte Weg um bis zu 40 Prozent steigen, der Anteil von Rad- und Fußverkehr gleichzeitig aber um 10 Prozent sinken wird. Somit ist es unwahrscheinlich, dass die Emissionen wesentlich sinken werden. Es offenbart sich: mit dieser Entwicklung steigen Risiken und Herausforderungen. Dabei sind sowohl die Verbraucher*innen als auch die Umwelt wichtige Faktoren, welche bei jedweden Projekten in Betrachtung gezogen werden müssen. In diesem Falle werden sie die Verlierer sein.

Der marktgerechte Patient



Am Donnerstag, dem 07. Februar um 19 Uhr im „Kino in der Fabrik“ mit anschließender Podiumsdiskussion

„Krank aus der Klinik“ – so oder ähnlich lauten die Titel zahlloser alarmierender Berichte aus deutschen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen (englisch: DRGs – Diagnosis Related Groups). Nach ihr hat jede diagnostizierbare Krankheit einen fixen Preis. Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste.

Die Einführung der Fallpauschalen war der entscheidende Schritt zur Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen wurden. Wirtschaftsberater durchforsteten seitdem jede Abteilung und prüfen, ob Vorgänge nicht mit noch weniger Personal bewältigt werden können. Die Frage ist nicht mehr: Was braucht der Patient? Sondern: Was bringt er uns? Viele Ärztinnen und Pflegerinnen können in diesem System nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden. „Wären die DRGs ein Medikament, so müsste man sie mit sofortiger Wir-

kung vom Markt nehmen. Alle versprochenen Wirkungen sind ausgeblieben, und alle Nebenwirkungen sind eingetreten“, resümiert der Berliner Ärztekammerpräsident Dr. Günther Jonitz.

DER MARKTGERECHTE PATIENT handelt von den Ursachen und fatalen Folgen der Fallpauschalen. Leslie Franke und Herdolor Lorenz („Wer rettet Wen?“, 2015; „What Makes Money“, 2011) haben sich dazu mit Mediziner*innen, Pflegepersonal und Patienten getroffen, mit Krankenhausmanagern und Gesundheitsaktivisten. Auf der Basis einer scharfen Ursachenanalyse liefert ihr Film Argumente für alle, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung für Patienten und Beschäftigte einsetzen wollen.

DER MARKTGERECHTE PATIENT will ganz bewusst die Diskussion über die Ausrichtung der Gesundheit am Profit vorantreiben, entsprechende Volksbegehren unterstützen und Bündnisse initiieren. Dazu startete er an einem bundesweiten Aktionstag, dem 8. November 2018, in über 100 Kinos und anderen Spielstätten.